

Niederschrift

über die öffentliche Sitzung des Finanzausschusses vom 28.06.2012 um 17.00 Uhr
im Sitzungssaal des Rathauses

Anwesend: Oberbürgermeister Müller

UsW-Stadtratsfraktion:

Stadtrat Günther
Stadträtin Richter
Stadtrat Schmidt

CSU-Stadtratsfraktion:

Stadtrat Moser
Stadträtin Schwab (ab 17.05 Uhr, Ziffer 2)

SPD-Stadtratsfraktion:

Stadträtin Dr. Endres-Paul
Stadträtin Kahnt

FW-Stadtratsfraktion:

Stadträtin Wallrapp
Stadträtin Wachter

KIK-Stadtratsfraktion:

Bürgermeister Christof

ödp-Stadtratsgruppe:

Stadträtin Schmidt

ProKT-Stadtratsgruppe:

Stadtrat Böhm

Berichterstatter: Oberrechtsrätin Schmöger
Verwaltungsrat Hartner
Stadtkämmerer Weber
Bauamtsleiter Graumann

Protokollführer: Verwaltungsfachwirt Müller

Als Gäste: Stadträtin Glos
Stadtrat Freitag
Ortssprecherin Schlötter
Stadtrat Popp
Stadtrat Steinruck
Ortssprecher Pfrenzinger

Entschuldigt fehlten:

Feststellung gemäß § 27 der Geschäftsordnung

Sämtliche Mitglieder des Finanzausschusses waren ordnungsgemäß geladen. Von den 13 Mitgliedern sind zu Beginn der Sitzung mehr als die Hälfte anwesend. Der Finanzausschuss ist somit beschlussfähig. Es bestehen keine Einwände gegen die Tagesordnung.

Eingangs weist Oberbürgermeister Müller darauf hin, dass 2. Bürgermeister May ab sofort von der UsW-Fraktion ausgetreten sei und sein Stadtratsmandat fraktionslos ausüben möchte. An den Ausschusssitzen ändere sich nichts. Der Nachfolger von 2. Bürgermeister May im Finanzausschuss ist Stadtrat Günther.
Dies wird zur Kenntnis genommen.

1. Genehmigung der Niederschrift der öffentlichen Sitzung vom 19.04.2012

- A. Bürgermeister Christof verweist auf die Zusage des Oberbürgermeisters, einen Bericht über die Gespräche mit dem Straßenbauamt hinsichtlich des Umbaus der Kreuzung B 8/Wörthstraße/Am Stadtgraben vorzulegen.
Oberbürgermeister Müller erklärt, dass das Ergebnis schriftlich vorliege und es mit nächster Post an den Stadtrat versandt werde.

B. **Mit 12 : 0 Stimmen**

Die Niederschrift der öffentlichen Finanzausschusssitzung vom 19.04.2012 ist gemäß Art 54 Abs. 2 GO genehmigt.

2. Auftragsvergaben:

Vergabe eines Auftrags zur Erstellung eines Breitbandkonzeptes für das Stadtgebiet Kitzingen

- A. Bauamtsleiter Graumann geht ausführlich auf den Sachverhalt ein und bittet um Zustimmung. Dieses Konzept sei erforderlich, um in ein entsprechendes Förderprogramm zum Ausbau von Glasfaserkabeln aufgenommen zu werden.
Stadträtin Dr. Endres-Paul möchte wissen, welche Kosten auf den Endverbraucher zukommen könnten.
Bauamtsleiter Graumann stellt dar, dass es Teil des Konzeptes sei, eine Aussage zu möglichen Kosten zu treffen.
Bürgermeister Christof stellt fest, dass die LKW möglicherweise Interesse hätte, das Thema Glasfaserkabel weiterzuverfolgen. Er möchte wissen, welche Punkte untersucht werden und ob man hinsichtlich des Ergebnisses ein Spektrum von Möglichkeiten erhalte oder nur eine einzige Möglichkeit.
Bauamtsleiter Graumann erklärt, dass im Konzept die Verbreitung von Glasfaserkabeln auf Grundlage des bestehenden Netzes untersucht werde und er sich insofern umfassende Informationen erwarte. Beispielsweise die Gewerbegebiete stellen einen Schwerpunkt dar.
Auf die Frage von Stadträtin Richter nach dem Gebietsumgriff stellt Bauamtsleiter Graumann dar, dass dieses Konzept für die gesamte Stadt Kitzingen inklusive aller Ortsteile erstellt werde.
Stadtrat Schmidt gibt zu Bedenken, dass für Repperndorf bereits ein Konzept erstellt wurde, welches teurer als das zu Beschließende war. Er möchte wissen, ob die Untersuchungen auch nochmals für Repperndorf erstellt werden.
Oberbürgermeister Müller erklärt, dass für Repperndorf eine Einzellösung angedacht war, da dieser Ortsteil unterversorgt sei. Eine Prüfung habe ergeben, dass eine Antenne mit höherer Frequenz bzw. an besserer Stelle nötig sei. Aufgrund der dafür erforderlichen Kosten wurden die Planungen zurückgestellt, um ggf. über die Glasfaserkabel eine bessere Leistung für Repperndorf zu erreichen.

B. **Mit 13 : 0 Stimmen**

1. Vom Sachvortrag der Verwaltung wird Kenntnis genommen.
2. Der Auftrag zur Erstellung eines Breitbandkonzeptes für das Stadtgebiet Kitzingen

wird an die „Breitbandberatung Bayern GmbH, Neumarkt i. d. OPf., vergeben.

3. Die Auftragssumme beträgt 17.725,00 € zuzüglich Mehrwertsteuer.
4. Der Oberbürgermeister wird ermächtigt, den Auftrag zu erteilen.

3. Antrag der CSU-Fraktion vom 19.05.2012 zur ENTENTE FLORALE

- A. Stadtrat Moser geht ausführlich auf den Antrag ein und erklärt die Hintergründe des Wettbewerbs „Entente Florale“, bei dem die Stadt Kitzingen teilnehmen soll. Die Stadt habe mit den gestalteten Flächen des Gartenschaugeländes sowie den durch die Stadtgärtnerei gestalteten Flächen beste Voraussetzungen. An diesem Wettbewerb können sich alle Bürger und Vereine beteiligen.
- Stadträtin Schmidt sieht den Wettbewerb mit Blick auf die geringen Kosten zunächst positiv, gibt aber zu Bedenken, welche Aufwendungen zusätzlich auf die Stadtgärtnerei zukommen und spricht dabei auch die personelle Situation an. Sie möchte wissen, ob der Vorschlag mit der Stadtgärtnerei abgesprochen sei.
- Oberbürgermeister Müller erklärt, dass die Stadtgärtnerei durch die Pflege und die Anpflanzungen bereits auf einem sehr hohen Niveau sei. Bei diesem Wettbewerb sollen sich auch die Bürgerinnen und Bürger sowie verschiedene Institutionen einbinden können.
- Stadträtin Schwab verdeutlicht, dass insbesondere die Fachberatung, die man in Anspruch nehmen kann, ein Vorteil für die Stadt darstellen kann.
- Stadträtin Richter möchte wissen, ob sich jeder Bürger von der Fachstelle beraten lassen könne.
- Stadträtin Schwab erklärt, dass dies von Fall zu Fall unterschiedlich sei, worauf Oberbürgermeister Müller erklärt, dass hierzu sicherlich Infoveranstaltungen für die Bürger organisiert werden können.

B. **Mit 12 : 1 Stimmen**

1. Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen.
2. Die Stadt Kitzingen nimmt am Wettbewerb „ENTENTE FLORALE – Gemeinsam aufblühen“ im Jahr 2013 teil.

4. Dachmarke bzw. Profilbildung für Kitzingen

- A. Stadträtin Dr. Endres-Paul geht ausführlich auf den Antrag der SPD ein und stellt fest, dass die Stadt Kitzingen kein Profil habe. Zwar gebe es viele Schlagworte, die die Stadt umschreiben, jedoch könne keines mit Leben gefüllt werden.
- Bei einem Workshop des Stadtmarketingvereins, bei dem nahezu alle Bereiche des öffentlichen Lebens teilgenommen haben, wurde bei einer Stärken/Schwächen-Analyse festgestellt, dass dringender Handlungsbedarf bestehe. Dieser Prozess müsse von Außen begleitet werden, weshalb sie bittet, entsprechende Angebote durch die Verwaltung einzuholen.
- Stadträtin Richter könne sich nicht vorstellen, was bei einem Profilbildungsprozess herauskommen werde. Ihrer Auffassung nach stehe Kitzingen u. a. für Wein, Gemüse bzw. Gartenbau. Die bestehenden Punkte müssten lediglich mit Leben erfüllt werden.
- Stadträtin Schmidt gibt zu Bedenken, dass sich alleine durch einen Slogan in einer Stadt nichts ändere und stellt dar, dass die Stadt schon sehr viele Konzepte (Leitbild, ISEK usw.) hatte und eine Profilbildung von der Bürgerinnen und Bürger ausgehen müsse, da diese das Profil entsprechend nach Außen darstellen und Leben müssten. Ihrer Auffassung nach, könne dies die Stadt ohne fremde Hilfe selbst bewältigen.

Stadtrat Moser stellt dar, dass die Stadt sehr viele Qualitäten habe, diese jedoch nicht nach Außen getragen werden. Aus diesem Grund sei ein Profilbildungsprozess notwendig.

Stadtrat Schmidt sieht in einer Profilbildung durchaus etwas Positives, verweist jedoch auf eine Vielzahl von Konzepten und Handlungspapieren (BID, Leitbild, ISEK), in denen jeweils verschiedene Slogans entstanden seien, welche nun lediglich gebündelt werden müssten. Beispielsweise „von der Garnisonsstadt zur Innovationsstadt“ sei ein Slogan, auf dem man weiter aufbauen könne. Oft sei es auch eine Frage der Kommunikation, wie man das Profil nach Außen trägt. Dies sollte seiner Auffassung nach verbessert werden.

Stadträtin Wallrapp verweist ebenfalls auf zahlreiche Konzepte, die für eine Profilbildung herangezogen werden könnten. Darüber hinaus verweist sie auf den Innenstadt³-Prozess des Stadtmarketingvereins, der ebenfalls herangezogen werden könnte. Ihrer Auffassung nach ist Kitzingen eine alte traditionsbewusste Weinhandelsstadt. Sie könne sich der Angebotseinholung anschließen, jedoch nicht der grundsätzlichen Zustimmung zur Erstellung eines Profils.

Stadträtin Dr. Endres-Paul bittet mit Blick auf die Diskussion, lediglich das Einholen von Angeboten beschließen zu lassen und die grundsätzliche Entscheidung zurückzustellen.

Oberbürgermeister Müller möchte eine grundsätzliche Entscheidung, nicht dass der Stadtrat nach der Angebotseinholung und den erbrachten Arbeiten der Verwaltung das weitere Vorgehen ablehne.

Bauamtsleiter Graumann würde einen solchen Prozess sehr begrüßen. Es handle sich bei der Profilbildung um kein Konzept, welches im Anschluss eins zu eins umgesetzt werde. Es gehe vielmehr darum, gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern sowie den Akteuren der Stadt ein Profil von Kitzingen zu erstellen, wonach sich sämtliches Handeln ausrichten könne. Für die Begleitung des Prozesses seien seiner Auffassung nach Fachleute notwendig.

Bürgermeister Christof äußert sich kritisch, weshalb niemand in der Verwaltung die Verantwortung für die Profilbildung übernehmen könne. Seiner Auffassung nach, geben derartige Firmen in jeder Stadt ein ähnliches Konzept ab, so dass sich letztlich nahezu alles gleich anhört. Ein Profil müsse man selbst finden und dies auch entsprechend vorleben. Alles andere wäre aufgesetzt.

Bauamtsleiter Graumann erklärt, dass ein Konzept nur so gut ist, wie es durch die Verwaltung begleitet werden könne. Fraglich sei lediglich, wer die Vorgaben gebe.

Stadträtin Dr. Endres-Paul stellt den Antrag auf namentliche Abstimmung.

B. Mit 2 : 11 Stimmen

Mit dem Antrag auf namentliche Abstimmung von Stadträtin Dr. Endres-Paul besteht Einverständnis.

C. Oberbürgermeister Müller stellt fest, dass der Antrag auf namentliche Abstimmung abgelehnt wurde und bittet um Abstimmung über den Beschlussentwurf.

D. Mit 5 : 8 Stimmen

1. Es besteht Einverständnis, einen Profilbildungsprozess für die Stadt Kitzingen durchzuführen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, mindestens drei Angebote einzuholen und anschließend dem Stadtrat zur Entscheidung vorzulegen.

**5. Gebührenkalkulation für den Wohnmobilstellplatz der Stadt Kitzingen;
Festsetzung der Gebühr**

A. Oberbürgermeister Müller geht kurz auf den Sachverhalt ein und bittet um Zustimmung. Stadträtin Dr. Endres-Paul möchte wissen, weshalb manche Kosten (z. B. Unterhalt) der Vorkalkulation von 2012 geringer sind als bei der Kalkulation 2011, obwohl der Stellplatz größer wurde.

Stadtkämmerer Weber stellt dar, dass bei den Unterhaltskosten 2011 Aufwendungen für die Beseitigung der Hochwasserschäden enthalten waren, in 2012 wurden die Unterhaltskosten auf ein normales Maß reduziert.

B. Mit 12 : 1 Stimmen

1. Der Kostendeckungsgrad für den Betrieb des Wohnmobilstellplatzes wird auf 100 % festgesetzt.
2. Die Stellplatzgebühr für ein Wohnmobil beträgt pro Nacht 7,00 € inklusive Entsorgung.

C. Stadtrat Schmidt möchte wissen, weshalb der Beschlussentwurf zusätzlich im Stadtrat behandelt werden müsse.

Verwaltungsrat Hartner erklärt, dass es sich um eine Gebührenfestsetzung handle, die vom Stadtrat zu beschließen sei.

**6. Budgetabrechnung für das Haushaltsjahr 2011
Gesamtbudget "Sportanlagen" - UA 2140, 2141, 5601, 5602, 5603, 5651, 5652
Bereitstellung außerplanmäßiger Mittel für Ersatz Doppelgarage im Sickergrund**

A. Mit 13 : 0 Stimmen

1. Vom Abrechnungsergebnis des Gesamtbudget „Sportanlagen“ – UA 2140, 2141, 5601, 5602, 5603, 5651, 5652 für die Haushaltsjahre 2011, 2010 und 2009 wird Kenntnis genommen, der positive Übertrag erfolgt nicht.
2. Dem Abbruch und der Neuanschaffung inkl. Aufbau der notwendigen Doppelgaragen zur Lagerung der mobilen Leichtathletikanlagen wird zugestimmt. Hierfür werden im Haushaltsplan 2012 auf einer neu zu schaffenden Haushaltsstelle 15.000 € außerplanmäßig zur Verfügung gestellt (AOD 62).

B. In diesem Zusammenhang erkundigt sich Stadträtin Richter nach den Schäden an der Laufbahn und möchte wissen, wie man weiter vorgehe.

Verwaltungsrat Hartner stellt dar, dass die zuständigen Mitarbeiter der Sache bereits nachgehen und gegenwärtig nur vermutet werden könne, woher die Schäden stammen. Nachdem mögliche Gewährleistungsansprüche in Rede stehen, werde man die Angelegenheit sehr ernst nehmen.

Stadträtin Wallrapp erinnert an eine Mail, in der sie angesprochen hat, ob ggf. der Besen, mit dem die Bahn gereinigt werde, Schäden verursache.

Oberbürgermeister Müller erklärt, dass dieser Umstand mit der herstellenden Firma besprochen wurde. Diese habe bestätigt, dass der Besen für das Reinigen der Bahn geeignet ist.

Stadträtin Schmidt fragt nach, wer die Aufsicht bei Veranstaltungen habe, da sie festgestellt hat, dass beispielsweise Biertischgarnituren auf der Laufbahn aufgestellt wurden, ohne dass etwas untergelegt wurde.

Oberbürgermeister Müller erklärt, dass die Hausmeister auf derartige Dinge achten müssen und diese bereits entsprechend angewiesen wurden.

Stadträtin Wallrapp möchte wissen, ob Schäden am Dach der Sickergrundhalle bestehen, da sie gehört habe, dass es in die Halle geregnet hat.

Oberbürgermeister Müller erklärt, dass zu Jahresbeginn 2012 eine Überprüfung des Hallendachs stattgefunden habe und festgestellt wurde, dass das Dach noch 5 Jahre funktionstüchtig sein werde. Er sagt jedoch zu, das Dach nochmals auf etwaige Schäden zu prüfen.

7. Anfrage von Bürgermeister Christof Sachstand Pachtvertrag Kabel Deutschland

Bürgermeister Christof erkundigt sich nach dem Pachtvertrag mit Kabel Deutschland auf den Grundstücken der Schrebergärten im Bereich der Inneren Sulzfelder Straße.

Bauamtsleiter Graumann stellt dar, dass es eine Vereinbarung zwischen der Stadt und Kabel Deutschland gebe. Kabel Deutschland musste das Telekomgebäude verlassen und habe eine Fläche in der unmittelbaren Nähe des Bahnhofs gesucht. Das zunächst favorisierte Grundstück lag im Bereich (Bahnhofsvorplatz), wofür gegenwärtig ein Konzept erstellt werden soll. Aus diesem Grund habe man sich für die entsprechende Fläche der Gartenanlagen entschieden. Es sei ein befristeter Pachtvertrag geschlossen worden mit dem eindeutigen Hinweis, dass sich der Standort wieder ändern werde.

Bürgermeister Christof beantragt, dass die Stadt die Vereinbarung sofort kündigt, da diese der aktuellen Beschlusslage widerspreche und verweist darauf, dass die entsprechenden Grundstücke aufgrund eines Bürgerantrages freizuhalten sind.

Oberbürgermeister Müller sagt zu, nochmals zu prüfen, inwiefern eine Möglichkeit bestehe, den Container auf die Flächen zu versetzen, die für die Kleingärten nicht mehr benötigt werden.

Bauamtsleiter Graumann ergänzt, dass dies ursprünglich der Wunsch von Kabel Deutschland war, jedoch diese Fläche von der Verwaltung überplant werden sollte und deshalb Kabel Deutschland nicht zur Verfügung gestellt wurde. Es schließe jedoch nicht aus, dass Kabel Deutschland in der Zukunft die Gartenflächen, die nicht mehr benötigt werden, verpachtet werden könnten.

Stadträtin Richter fragt in diesem Zusammenhang nach, ob der Oberbürgermeister ohne den Stadtrat einzubeziehen, Pachtverträge abschließen könne.

Oberrechtsrätin Schmöger weist darauf hin, dass es auf den Vertrag und die Größe des Grundstückes ankomme, aber im Grunde der Oberbürgermeister Kauf-, Miet- oder Pachtverträge des täglichen Geschäftes selbst abschließen könne.

8. Anfrage von Stadtrat Moser
Vorberatung Bieterverfahren Harvey Barracks

Stadtrat Moser fragt mit Blick auf die Tagesordnung und die Entscheidung zum Bieterverfahren Harvey Barracks in der Stadtratssitzung am 05.07.2012 nach, ob hierfür nochmals eine Vorberatung erfolge.

Oberbürgermeister Müller erklärt, dass er hierzu in folgender nichtöffentlicher Sitzung kurz informieren werde.

Oberbürgermeister Müller schließt die öffentliche Sitzung um 18.18 Uhr.

Oberbürgermeister

Protokollführer